

Stadt soll nicht Am Moore bauen

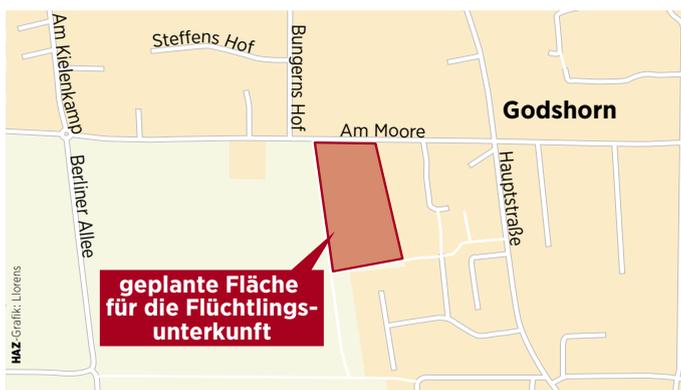
Heftige Debatte in Ortsratssitzung auch über Standort Grenzheide in der Kernstadt



Ja zum Bau neuer Flüchtlingsunterkünfte durch die Region, Nein zu den Standorten Am Moore und Grenzheide: So lautet die einstimmige Empfehlung des Ortsrates Godshorn nach einer hitzigen Debatte am Montagabend. Die Stadt soll alternative Grundstücke suchen und die beiden genannten noch einmal prüfen.

VON ANTJE BISMARCK

GODSHORN. Die Region Hannover soll Flüchtlingsunterkünfte bauen, die Stadt Langenhagen diese Einrichtungen betreiben – so sieht es der Ratsbeschluss aus der vergangenen Woche vor. Als mögliche Standorte nennt die Drucksache die Grenzheide und Am Moore, vorbehaltlich einer Prüfung durch die Stadt. Geplant sei inzwischen, je eine Unterkunft für 68 Kinder, Frauen und Männer in Modulbauweise errichten zu lassen, sagte Sozialdezernentin Monika Gotzes-Karrasch im Ortsrat Godshorn. Dieses Vorhaben stößt bei Anwohnern beider Standorte auf Ablehnung, und zumindest die Godshor-



ner haben sich erfolgreich vor der Sondersitzung zum Protest formiert: Die Zuhörer passten längst nicht alle ins Dorfgemeinschaftshaus, etliche mussten vom Flur aus das Geschehen verfolgen.

Die Kritik der Anwohner zielte auf die aus ihrer Sicht unzureichende Information bei der Ratssitzung am 7. März ab. „Wir hatten aber bis zum Treffen mit der Region am 10. März nicht viele Details, die wir Ihnen hätten vorstellen können“, sagte Bürgermeister Mirko Heuer. Nun

lägen Pläne und Vorgaben der Region vor, nun informiere die Stadt – zugleich halten Rat und Verwaltung nach Aussage Heuers an dem Ziel fest, die Menschen dezentral unterzubringen und sie weiterhin von städtischen Sozialarbeitern betreuen zu lassen. Und zwar in der gesamten Stadt wie er sagte.

An beiden Standorten entstehen nach Aussage von Gotzes-Karrasch zweigeschossige Bauten mit 3- und 5-Zimmer-Wohnungen sowie einem Gemeinschaftsraum. Mit den Planungen liege die Stadt unter der Vorgabe der Region von 96 Bewohnern. Dass der Gemeinschaftsraum benötigt werde, zeige sich in der täglichen Arbeit der Ehrenamtlichen mit Flüchtlingen, sagte Birte Röwer vom Netzwerk. Insa Becker-Wook lud die Godshorner zur Mitarbeit ein. Denn viele der Zuhörer betonten immer wieder, sie seien nicht gegen die Flüchtlinge, wohl aber gegen die Standorte und die Modulbauweise.

„Wir wurden im Bebauungsplan geknebelt mit Klinkern, roter Dachfarbe, Gestaltung des Carports“, sagte ein Anwohner. All diese Vorgaben seien nun überholt. „Das ist unfair“, fügte er hinzu. Andere wiesen auf den hohen Grundwasserpegel oder unzureichende Be-

Oft gestellte Fragen

Diese Fragen interessierten die Besucher am meisten:

■ **Zu viele Flüchtlinge an einem Ort:** „Noch mehr Dezentralität können die Sozialarbeiter nicht leisten“, sagte Bürgermeister Mirko Heuer. Außerdem blieben die Erschließungskosten bei kleineren Einheiten gleich hoch.

■ **Dauer der Unterbringung:** „Stellen Sie die Container für drei Jahre auf und nutzen Sie die Zeit für richtige Planung und vernünftige Bauten“, sagte ein Anwohner der Grenzheide. Das sei unrealistisch, entgegnete Heuer: „Dann funktionieren die geplanten Modulbauten nicht mehr.“

■ **Andere Grundstücke:** „Wir haben mehr als 60 Grundstücke geprüft, allein elf in Godshorn“, sagte Sozialdezernentin Monika Gotzes-Karrasch. Wenn die Stadt jetzt weitere Grundstücke pachte oder kaufe, dann seien diese keine alternativen Standorte, sondern zusätzliche.

■ **Neuer Bebauungsplan:** Bei einer Neuaufstellung gebe es die gleiche Bürgerbeteiligung wie überall, sagte Heuer. bis

dingungen für die Feuerwehr bei einem Einsatz. Einmütig lehnte der Ortsrat die beiden Standorte ab, die Vereinbarung mit der Region solle die Stadt allerdings schließen. Auch Heuer zeigte sich von der Sitzung beeindruckt. Wie es am Dienstag im Rathaus hieß, werde er davon am Donnerstag in einer interfraktionellen Sitzung berichten.

KOMMENTAR

Breites Kreuz notwendig

VON ANTJE BISMARCK

Die Verwaltung steckt in einem Dilemma: Sie benötigt die Unterkünfte schnell – und möglichst gerecht verteilt im Stadtgebiet. Die jetzt geplanten beiden Einrichtungen für je 68 Bewohner entsprechen den vorgesehenen Häusern am Bauernpfad sowie an Leibniz- und Pfeifengrasstraße. Damit liegt Langenhagens Standard unter dem anderer Kommunen mit weit mehr als

100 Plätzen je Unterkunft. Weil die Stadt eine solche Größenordnung ablehnt, benötigt sie mehr Standorte als andere Kommunen. Rat und Verwaltung brauchen ein breites Kreuz, wollen sie den bisherigen Weg weitergehen. Denn geben sie angesichts des massiven Protests einen Standort auf, droht an bereits festgelegten Baugrundstücken eine neue Diskussion.

